



OAW

Österreichische Akademie
der Wissenschaften



INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

Dezember 2007

Energie im Haushalt

Datenschutz-Gütesiegel

Technologie & Ethik

Nano-Governance

Genetische Beratung

N

E

W

S LETTER

Editorial

Werte Leserinnen und Leser!

Ein für das Institut für Technikfolgen-Abschätzung in vielerlei Hinsicht besonders spannendes Jahr neigt sich dem Ende zu. Wir freuen uns über eine Reihe personeller Neuzugänge. In zwei Klausuren, vielen internen Seminaren und gemeinsamen Aktivitäten entstand ein Team, das engagiert neue Forschungsziele in Angriff nimmt.

In dieses Jahr fielen einige strategisch wichtige Projekte. So begann das lange vorbereitete Projekt NanoTrust im Oktober, in dem es um die Analyse der potenziellen Umwelt- und Gesundheitsrisiken der Nanotechnologien geht – dazu ein Bericht vom Auftaktworkshop. Weiters hat das ITA vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung sowie vom BMVIT und BMWA die Chance erhalten zu zeigen, dass wertvoller Input in die Forschungs- und Technologiepolitik mit ausgeklügelten partizipativen Verfahren geleistet werden kann. Wir berichten über das letzte Novemberwochenende, an dem 36 BürgerInnen aus ganz Österreich das Thema „Energie und EndverbraucherInnen“ diskutiert und Empfehlungen für das BMVIT ausgearbeitet haben.

Damit noch lange nicht genug, haben doch kürzlich weitere Projekte begonnen bzw. konnten in ihrem Rahmen berichtenswerte Meilensteine gesetzt werden: Im Projekt EuroPrise wurde Mitte November ein ausgezeichnet besuchter internationaler ExpertInnenworkshop in Wien organisiert; weiters wurden soeben die Projekte e-Identity, bei dem es um die Identifizierung von BürgerInnen durch den Staat geht, und STEPE gestartet. Im letzteren werden sogenannte sensiblen Technologien und ihre ethischen Einschätzung in der europäischen Öffentlichkeit zum Thema gemacht. Diesen Newsletter runden wie immer Kurzberichte zu einigen spannenden Tagungen der letzten Wochen ab.

Michael Nentwich

Inhalt

ITA-Projekte

BürgerInnen erarbeiten Empfehlungen zum Thema „Energie und EndverbraucherInnen“	2
EuroPriSe ExpertInnen-Workshop in Wien	3
Neue Technologien und Werthaltungen in der europäischen Öffentlichkeit	5
Evaluierungsfaktoren von e-Partizipation	6
Risikogovernance der Nanotechnologien: Der internationale Stand	7
Elektronisches Identitätsmanagement durch den Staat im Ländervergleich	8

TA-aktuell

Wem hilft die genetische Beratung?	9
e-Government und e-Democracy: Trends und Herausforderungen	11
Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie?	12

Aktuelle Publikationen.....13

ITA-Veranstaltungen.....17

Kontakt19

Impressum18

BürgerInnen erarbeiten Empfehlungen zum Thema „Energie und EndverbraucherInnen“

Am 24. und 25. November waren 36 BürgerInnen aus ganz Österreich für das ITA-Projekt „Future Search & Assessment – Energie und EndverbraucherInnen“¹ aufgefordert, ihre Sichtweise zum Thema Energie im Rahmen einer partizipativen Technikfolgenabschätzung einzubringen.

Ziel war es, das Thema Energie(-effizienz) und dessen Themenspektrum im Forschungsprogramm Energie der Zukunft (EdZ²), an dem bisher rund 200 (Energie-)ExpertInnen mitgearbeitet haben, durch ein maßgeschneidertes Beteiligungsverfahren auch aus der Perspektive der EndverbraucherInnen zu betrachten.

Die thematische Eingrenzung erfolgte in einem Vorbereitungsworkshop im September 2007. Zwölf Medienfachleute, KonsumentenvertreterInnen und BürgerInnen, die jeweils explizit die Perspektive der EndverbraucherInnen einnahmen, haben aus der Vielfalt des Programms jene fünf Themen ausgewählt, für deren Forschungs- und Entwicklungsprozess sie die Berücksichtigung der Sicht der AnwenderInnen für unabdingbar und konstruktiv erachteten:

- Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung
- Visualisierung und Monitoring des Energieverbrauchs
- Neue Systemlösungen und Vermeidungsstrategien
- Intelligente Stromzähler und IRON-Box
- Innovative Leasing- und Contracting-Modelle.

Diese fünf Themenfelder bzw. Energie-Technologiebereiche wurden gemeinsam mit fünf Energie-ExpertInnen in verständlicher Art aufbereitet, um in der zweitägigen FSA-Konferenz den eingeladenen BürgerInnen als Diskussionsgrundlage zu dienen. Die Wahl der 36 VertreterInnen der EndverbraucherInnen erfolgte durch kontrolliertes Quotensampling und entspricht bestmöglich der Verteilung der österreichischen Bevölkerung nach den Kriterien Geschlecht, Alter, regionale Herkunft, Bildung und Erwerbstätigkeit.

Um den Blick dieser heterogenen Gruppe von TeilnehmerInnen auf gegenwärtige und zukünftige

energiefragen zu schärfen, haben sich die TeilnehmerInnen in einer ersten Phase (Tag 1) mit jenen Leitbildern auseinandergesetzt, die dem Forschungsprogramm im engeren und der österreichischen Energieforschung im weiteren Sinne zu Grunde liegen. Elemente dieser Leitbilder wurden diskutiert, kommentiert und zu einem gemeinsamen Leitbild zusammengesetzt, an dessen Spitze einhellig die Elemente „Maßnahmen gegen Klimawandel“, „Förderung sozial- und umweltfreundlichen Konsums“, sowie „Soziale Gerechtigkeit“, „Steigerung der Energieeffizienz und „Energie sparen“ standen. Das Rekonstruieren, Kommentieren und Bewerten der zur Verfügung stehenden Einzelteile durch die Beteiligten und die damit verbundenen Argumentationslinien wurden durch das ITA-Team begleitet und dokumentiert.

Diese gemeinsame Erarbeitung eines Leitbilds diente auch dazu, einen inhaltlichen Rahmen für die folgende Arbeit an den fünf konkreten Themen/Technologien zu schaffen. Unter stetiger Bezugnahme auf die eigene Lebens- und Erfahrungswelt der TeilnehmerInnen wurden in der zweiten Phase (Tag 2) die fünf Themen auf dem Weg zur Zielerreichung diskutiert und bewertet. Nachdem den BürgerInnen ausführlich Gelegenheit zur Information durch die ExpertInnen gegeben wurde, sammelten sie möglichst viele relevante Aspekte in Bezug auf die fünf Themen: Zunächst wurden Anforderungen und Wünsche aus Sicht der EndverbraucherInnen an die jeweiligen Technologien identifiziert. In einem nächsten Schritt wurden die wichtigsten Ergebnisse in Form von Empfehlungen für die Entwicklung der Technologien bzw. deren Einbettung in den Alltag formuliert. Alle TeilnehmerInnen arbeiteten in moderierten thematischen Kleingruppen, denen bei inhaltlichen Unklarheiten während des ganzen Prozesses ExpertInnen als Auskunftspersonen zur Verfügung standen, die sich jedoch nicht direkt an der Diskussion beteiligten.

Neben den inhaltlichen Ergebnissen (etwa der Bewertung von Potenzialen und Risiken und der Einbringung lebensweltlicher Perspektiven) konnten die potentiellen NutzerInnen frühzeitig mögliche Bedenken, aber auch positive Aspekte und

gänzlich neue Wünsche artikulieren. Beispielsweise wurde auf die erhöhte Gefahr, dass die Vernetzung der Daten aus „Intelligenten Stromzählern“ möglichen Missbrauch erleichtern, hingewiesen; andererseits wurde jenes Potential positiv bewertet, das erst die Vernetzung vieler Einzeldaten des Energieverbrauchs eines Haushalts ermöglicht und damit eine analytische Grundlage für konkrete Verbesserungs- und Änderungsvorschläge darstellt; schließlich wurden Aspekte der Bedienbarkeit und der Wunsch nach Leistbarkeit dieser Geräte formuliert.

Einerseits ist dies ein Beitrag zur Erhöhung der Marktchancen neuer Produkte, die von der Forschung im Sinne von radikalen Produktinnovationen gefordert werden. Andererseits kann dieses Wissen dazu verwendet werden, Anforderungen an und Auswahlkriterien für konkrete Forschungsprojekte zu ergänzen.

Erste Ergebnisse wurden bereits am nächsten Tag (26. November) im Rahmen einer Tagung des BMVIT zum Thema Energie präsentiert und damit den wesentlichen Zielgruppen aus Politik und Verwaltung zugänglich gemacht. Die drei teilnehmenden BürgerInnen erhielten dadurch stellvertretend die Gelegenheit zu beobachten, wie die von ihnen erarbeiteten Ergebnisse an EntscheidungsträgerInnen und Exper-

tfInnen herangebracht wurden. Darüber hinaus ergriffen sie die Möglichkeit, ihre Einschätzungen, Wünsche und Erfahrungen zu schildern.

Es ist zweifellos noch zu früh, ein adäquates Fazit zu ziehen, ob sich die vom ITA ausgegangene Initiative in Richtung verstärkter Einbeziehung von BürgerInnen in die Formulierung österreichischer Technologie- und Forschungspolitiken nachhaltig gestalten wird oder auch Nachahmung finden wird. Jedenfalls bilden die im Zuge des Projekts FSA-Energie bisher gewonnen und in der Folge noch zu analysierenden Ergebnisse eine wertvolle Basis für konsolidierte Empfehlungen, die für die Forschungspolitik sowohl auf der Ebene der Kommunikation mit der Öffentlichkeit, der Legitimation von Entscheidungen als auch auf inhaltlicher Ebene relevant sind.

Projekthomepage:

www.oeaw.ac.at/ita/ebene4/d2-2d33.htm.

¹ FSA-Energie ist ein Projekt im Auftrag des Rats für Forschung und Technologieentwicklung und der Ministerien BMVIT und BMWA. Weitere Details siehe: ITA-Newsletter September 2007, S. 3.

² www.energiederzukunft.at.

Ulrike Bechtold und Michael Nentwich

EuroPriSe ExpertInnen-Workshop in Wien

Am 20. November 2007 trafen sich über 80 Rechts- und IT-ExpertInnen aus 13 europäischen Ländern zu einem vom ITA veranstalteten Workshop über einen einheitlichen Zertifizierungsprozess für ein europäisches Datenschutz-Gütesiegel. Die Veranstaltung stieß auf sehr großes Interesse und zeigte damit eindrucksvoll den Bedarf in diesem Bereich.

Das im Rahmen des eTEN-Programms von der Europäischen Kommission geförderte Projekt „EuroPriSe“ (European Privacy Seal) wird von einem Konsortium, bestehend aus neun Partnern aus acht Ländern, unter der Leitung des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts sollen einerseits die Grundlagen und Kriterien für einen einheitlichen Zer-

tifizierungsprozess für Produkte und Dienstleistungen der Informationstechnik erarbeitet, und andererseits eine Marktevaluierung durchgeführt werden. Um das zu erreichen, wurden in den vergangenen Monaten unter anderem aus europäischen Rechtsnormen, wie der Europäischen Datenschutzrichtlinie, Kommentaren der Article 29 Working Party und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes Kriterien abgeleitet, die im Evaluierungsprozess als Maßstab für die Auditoren dienen werden.

Das Gütesiegel bestätigt den KäuferInnen oder NutzerInnen der Produkte und Services, dass diese so entwickelt und umgesetzt wurden, dass sie leicht entsprechend den europäischen Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit eingesetzt werden können.

Die Grundlagen des Evaluierungsprozesses wurden den Rechts- und IT-ExpertInnen im Rahmen des Workshops in Wien, unter anderem durch das Evaluieren eines fiktiven Produkts, vermittelt. In weiterer Folge werden sie durch das detaillierte Ausarbeiten einer Case Study an den Begutachtungsprozess herangeführt, der dann von den Projektpartnern in der Pilotphase begleitet und evaluiert wird. Damit wurde der Startschuss zur Akkreditierung zukünftiger DatenschutzgutachterInnen gesetzt, die demnächst die ersten Zertifizierungen von IT-Angeboten im Binnenmarkt vornehmen können.

Die ExpertInnen werden in Teams, die fachlich sowohl die juristische als auch die technische Seite abdecken können, an Hand der geeigneten Kriterien das Produkt evaluieren. Der Bericht, in dem ihre Ergebnisse festgehalten werden, wird dann an das ULD oder die Datenschutzbehörde in Madrid weitergeleitet, die in der Pilotphase die Aufgabe einer Zertifizierungsstelle übernehmen. Dort wird der Bericht bewertet und überprüft, um festzustellen, ob das Datenschutz-Gütesiegel verliehen werden kann oder nicht. Diese Aufgabe soll zukünftig ein noch zu schaffendes europäisches Gremium übernehmen, das auch an der Aktualisierung der Kriterien und der Akkreditierung der GutachterInnen arbeiten könnte.

Damit hat nach dem Workshop die nächste Projektphase begonnen. Jetzt werden von den ExpertInnen Hersteller angesprochen, die zum Teil schon im Vorfeld des Workshops ihr Interesse an einem Datenschutz-Gütesiegel für ih-

re Produkte bekundet haben. Das Konsortium der Projektpartner trifft dann eine Auswahl unter allen Interessenten, um während der Pilotphase im Rahmen des Projekts eine möglichst breit gefächerte Verteilung der Unternehmen über Branchen und Firmenkennzahlen zu gewährleisten.

Das Gütesiegel ist für Unternehmen vor allem in Bezug auf eine bessere Vermarktung und klare Positionierung des Produkts bzw. der Dienstleistung im Bezug auf Datenschutz interessant, die zu mehr Vertrauen in diese Produkte, zu einer positiveren Wahrnehmung und einer verbesserten Marktposition der ProduzentInnen führen können.

Die KäuferInnen, sowohl private VerbraucherInnen als auch EinkäuferInnen großer Firmen und Organisationen, sowie staatlicher Einrichtungen, profitieren durch eine deutlich transparentere Darstellung der Leistungen und Investitionen der Hersteller in den Bereich Datenschutz, sowie durch die Gewissheit, dass das gekaufte Produkt den Anforderungen des europäischen Datenschutzrechts entspricht.

Darüber hinaus wird die Etablierung des Datenschutz-Gütesiegels auf dem europäischen Markt zu einem stark gestiegenen Problembewußtsein bei den KäuferInnen führen, das auch in anderen Bereichen zu einer intensiveren Beschäftigung mit den Themen „Datenschutz“ und „Privatsphäre“ führen kann.

Jaro Sterbik-Lamina

Neue Technologien und Werthaltungen in der europäischen Öffentlichkeit

In der Vergangenheit wurde die Entwicklung und Einführung mancher neuer Technologien wesentlich durch Vorbehalte in der Öffentlichkeit wie auch ethische Bedenken beeinflusst – man denke etwa an gentechnisch veränderte Lebensmittel oder neue medizinische Verfahren auf Basis von embryonalen Stammzellen. Gerade der Bereich der Lebenswissenschaften ist diesbezüglich „sensitiv“ d. h. potentiell kontrovers; in Zukunft stehen aber vermutlich auch andere Bereiche wie die Nanotechnologie zur Debatte. Dabei waren bereits früher von Land zu Land große Unterschiede in der Einschätzung manch neuer Technologien festzustellen.

Gleichzeitig erlebt die institutionalisierte Beschäftigung mit ethischen Fragen neuer Technologien einen Boom – Ethikkommissionen in vielen Ländern untersuchen nicht mehr nur kontroverse medizinische Aspekte, sondern auch Gentechnik in der Landwirtschaft oder bestimmte Forschungspraktiken¹. Und in der öffentlichen Diskussion geht es längst nicht mehr nur um mögliche konkrete Nutzen- und Risikoaspekte, sondern auch um Verteilungsgerechtigkeit und grundlegende Aspekte, die sich in der Frage „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ zusammenfassen lassen. Der Begriff Ethik hat damit einen Bedeutungswandel erlebt, wobei aber wiederum Länderunterschiede zu bemerken sind.

Ein neues von der EU-Kommission gefördertes Projekt unter Beteiligung des ITA wird in den nächsten beiden Jahren Determinanten dieser durchaus kontroversen „öffentlichen Ethik“ untersuchen: STEPE (Sensitive Technologies and the European Publics' Ethics) setzt sich zum Ziel, eine Art Landkarte der Werthaltungen bezüglich neuer und möglicherweise oder auch tatsächlich kontroverser Technologien in der Öffentlichkeit der EU-Länder (einschließlich der Türkei) zu erstellen.

Mehrere Forschungswerkzeuge werden zur Anwendung kommen: Zum einen wird in einer Reihe von Interviews mit Stakeholdern in allen beteiligten Ländern erhoben, wie mit (potenziell) kontroversen Technologien umgegangen wird. Dazu kommen Analysen institutioneller Politik, wie etwa das Vorsorgeprinzip gehandhabt wird, welche Rolle Ethikkommissionen spielen oder wie politische Entscheidungen bezüglich „sensitiver“ Technologien üblicherweise gefällt werden, ob z. B. Möglichkeiten der Partizipation vorgesehen sind.

Weiters wird im Herbst 2008 eine neue europaweite Umfrage im Rahmen des Eurobarometers durchgeführt, für die STEPE den Fragebogen entwerfen und die Auswertung der Ergebnisse durchführen wird. Diese Arbeit steht in der Tradition der EU-Umfragen zur Biotechnologie, die Vorläuferprojekte von STEPE (zuletzt LSES) seit 1995 im Auftrag der Europäischen Kommission vorbereiteten und analysierten, geht aber im Anspruch und in der Zielsetzung erheblich über diese hinaus. So werden im Rahmen von STEPE auch neue statistische Verfahren entwickelt und erprobt, die eine bessere Vergleichsmöglichkeit und tiefere Einsichten in die Struktur der Daten ermöglichen sollen.

Das ITA übernimmt in diesem Projekt die Aufgabe, die Ergebnisse der Interviews in den Ländern, die Umfragedaten und die mithilfe der neuen Instrumente erhaltenen Analysen zu integrieren und die Erarbeitung von Schlussfolgerungen zu koordinieren. Der Abschlussbericht ist für Ende 2009 vorgesehen.

¹ Siehe dazu auch den Beitrag von Alexander Bogner auf Seite 9.

Helge Torgersen

Evaluierungsfaktoren von e-Partizipation

Die Evaluierung von elektronischer Partizipation rückt zunehmend auf die europäische Forschungsagenda. Vor diesem Hintergrund diskutierten ForscherInnen aus unterschiedlichen Disziplinen auf einem eintägigen DEMO_net-Workshop jene politischen, technischen, sozialen und organisatorischen Faktoren, die bei der Bewertung von elektronischer Beteiligung zu beachten sind.

Im Rahmen des EU-Exzellenznetzwerks DEMO_net fand Mitte Oktober in Bremen ein Workshop zum Thema Evaluierungsdimensionen im Rahmen von e-Partizipation statt. Diese Veranstaltung an der DEMO_net Partnerorganisation ifib (Institut für Informationsmanagement, Universität Bremen) verfolgte das Ziel, aktuelle Problemstellungen und Erfahrungen im Bereich Evaluierung von elektronischer Partizipation vorzustellen und zu diskutieren. Die VertreterInnen der teilnehmenden Organisationen (allesamt aus dem europäischen Wissenschafts- und Forschungsbereich) präsentierten zum einen generelle theoretische Überlegungen zur Bewertung von e-Partizipation, zum anderen wurden projektspezifische Erfahrungen zum Workshopthema vorgestellt.

Prinzipiell zeigte sich in den Plenumsdiskussionen die Notwendigkeit einer theoriegeleiteten Herangehensweise bei der Evaluierung von Projekten und Initiativen im Rahmen der e-Partizipation. Noch immer kontrastieren teils überzogene Erwartungen (etwa hinsichtlich der Beteiligungsrate von BürgerInnen) die tatsächlichen Ergebnisse. Solche Entwicklungen werden großteils auf unzulängliche Zieldefinitionen von e-Partizipation zurückgeführt und weniger auf mangelndes Engagement seitens der BürgerInnen oder von NGOs. Die Ausgangsfragen, die daher jeder Evaluierung von elektronisch gestützter Beteiligung zugrunde liegen sollten, beziehen sich auf die politischen Absichten, die e-Partizipation im jeweiligen Kontext erfüllen soll: „Welche politischen Prozesse sollen demokratisiert werden?“, „Wer soll in solche IKT-Beteiligungsprozesse einbezogen werden?“ und „Welchen Einfluss hat e-Partizipati-

on auf den Politikgestaltungsprozess?“ Einen Überblick über derzeit eingesetzte Evaluierungsrahmen lieferten hierzu Georg Aichholzer (ITA) und Ulrike Kozeluh (Vienna Science Centre) in ihrem Keynote-Beitrag „e-Participation and Democracy: Evaluation dimensions and approaches“.

Die wesentlichen Konzepte und Dimensionen, die sich aus den unterschiedlichen (länderspezifischen) Erfahrungen herauskristallisieren, unterstreichen einmal mehr die Notwendigkeit einer multidimensionalen Herangehensweise. Hierzu zählen u. a. die Bewertung von

- politischen Aspekten (z. B. Transparenz von e-Partizipationsprozessen; „Impact“ von e-Partizipation auf Politik),
- sozialen Kriterien (z. B. Zugangsmöglichkeiten bzw. -barrieren für bestimmte Gruppen zu e-Partizipation),
- technischer Umsetzung (z. B. Einhaltung von Standards zum Schutz der Privatsphäre; „usability“ von Beteiligungstools) und
- organisatorischen Dimensionen (z. B. Moderationstechniken; begleitende Medienaktivitäten zur Bewerbung eines e-Partizipationsprozesses).

Weiters wurden diese Faktoren in Kleingruppen nochmals vertiefend diskutiert und bestimmte Evaluierungsdimensionen besonders fokussiert. So zeigte sich etwa bei den organisatorischen Dimensionen, dass z. B. bei der Bewertung von deliberativer Beteiligung die Moderationsart (Unterstützung durch Software vs. DiskussionsleiterIn) und der Umfang („strikte Themenvorgaben“ vs. offene Themenagenda) zu berücksichtigen sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass noch ein beträchtlicher Mangel an empirischer Evidenz im Bereich e-Partizipation vorzufinden ist. Um aussagekräftige(re) Analysen zum Mehrwert von IKT-gestützter Beteiligung zu machen, bedarf es jedoch nicht primär mehr Einzelfallstudien als viel eher Vergleichsstudien, die auf die dargestellten Faktoren Bedacht nehmen.

Roman Winkler

Risikogovernance der Nanotechnologien: Der internationale Stand

Unter diesem Titel fand am 25. September in der Aula der Wissenschaften eine vom ITA organisierte und mit hochkarätigen ExpertInnen besetzte Veranstaltung (Workshop mit anschließender Podiumsdiskussion) zum Thema Risiko-Regulierung von Nanotechnologien statt. Diese Tagung war gleichzeitig die Auftaktveranstaltung des Projekts NanoTrust, das seit 1. Oktober im Auftrag des BMVIT am ITA läuft.

Eva Hellsten von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission eröffnete den Workshop. In ihrem Vortrag stellte sie zunächst die zentralen Forderungen der europäischen Forschungsstrategie vom Mai 2004 und den darauf Bezug nehmenden Aktionsplan der EU dar. In beiden Dokumenten geht es um die Forderung der EU, auf dem Gebiet der Nanowissenschaften und -technologien eine führende Stellung einzunehmen. Gleichzeitig sollen Bedenken hinsichtlich der Gesundheits-, Umwelt- und Sozialverträglichkeit dieser Technologien so umfassend und so früh wie möglich angesprochen werden. Mittlerweile wurde auch bereits der erste Durchführungsbericht zum Aktionsplan (für den Zeitraum 2005-2007) veröffentlicht.¹

Bernardo Delogu von der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission stellte die europäischen Regularien im Bereich der Lebensmittelsicherheit vor. Zwar sei dieser Bereich sehr strikt geregelt, allerdings gäbe es keine spezifischen Bestimmungen zum Einsatz von Nanomaterialien bzw. Nanotechnologien. Daher könnten zusätzliche begleitende Instrumente nötig werden. Auf jeden Fall würden einschlägige Daten zur Risikobewertung sowie human- und ökotoxikologische Untersuchungen fehlen, insbesondere jene über die (zell-)biologische Wirkung von Nanomaterialien. Die Entwicklung und Standardisierung von Methoden zur Erfassung der Exposition und eine ausreichende Risikocharakterisierung der eingesetzten Materialien fehle ebenfalls. Delogu verwies hier auf den Stufenansatz des aktuellen SCENIHR-Berichts².

Auch Adina Boyd von der Rice University bzw. dem International Council on Nanotechnology (ICON) ortete einen Mangel an geeigneten Verfahren zur Risikobewertung von Nanomaterialien. Gleichzeitig sei die Regulierung des Einsatzes dieser Materialien äußerst unklar. Ein interessanter neuer Ansatz in der Risikoanalyse besteht ihrer Meinung nach einerseits in der Fortsetzung bewährter toxikologischer Standardverfahren zur Bestimmung möglicher Schäden nach Schaden und Exposition („low road“) und andererseits in der Entwicklung neuer Klassifikationsverfahren. Diese orientieren sich an generalisierten Wirkprinzipien, die sich aus den kategorisierten Struktureigenschaften der Nanomaterialien ergeben. Hierbei werden die Struktur und Art bzw. das Niveau der Aktivität der untersuchten Substanzen miteinander in Beziehung gebracht.

Bianca Bendisch vom deutschen Umweltministerium stellte die Aktivitäten der deutschen Nano-Initiative vor, v. a. den vom BMU initiierten „NanoDialog“³, und präsentierte die Struktur und die Inhalte der gemeinsamen Forschungsstrategie⁴ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (baua), dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und dem Umweltbundesamt (UBA).

Abschließend diskutierten Armin Grunwald und Ortwin Renn über forschungspolitische, gesellschaftliche und ethische Aspekte im Zusammenhang mit Nanotechnologien. Grunwald teilte die häufig geäußerte Befürchtung nicht, dass den Nanotechnologien ein ähnliches Risikokommunikations-Desaster drohen könnte wie vormals der grünen Gentechnik. Die Nanotechnologien seien zu divers, ihre Ansätze und möglichen Anwendungen zu verschieden, als dass hier einfache Analogieschlüsse gezogen werden könnten. Diese Einschätzung teilte im Wesentlichen auch Ortwin Renn, der in einem abschließenden Beitrag das Risikoregulierungsmodell⁵ des International Risk Governance Council (IRGC) vorstellte. Ähnlich wie bei anderen schwer vermittelbaren Technologien gehe es hier um einen Wertekonflikt in der Gesellschaft, aber in erster Linie widersprüchliche Wis-

sensinhalte gegeneinander stünden. Alle Lösungsansätze sollten vornehmlich auf partizipative Methoden setzen, die möglichst alle Interessensgruppen in den Prozess der Entscheidungsfindung einschließen.

Proceedings der Veranstaltung:
www.oeaw.ac.at/ita/nano07/.

- ¹ Weitere Informationen unter www.cordis.europa.eu/nanotechnology.
- ² www.ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihp/docs/scenihp_o_010.pdf.
- ³ www.bmu.de/gesundheits_und_umwelt/nanotechnologie/nanodialog/doc/39886.php.
- ⁴ www.umweltbundesamt.de/technik-verfahren-sicherheit/dokumente/forschungsstrategie_nanotechnologie.pdf.
- ⁵ White Paper No.2 – Nanotechnology Risk Governance; www.irgc.org/IMG/pdf/IRGC_white_paper_2_PDF_final_version-2.pdf.

André Gazsó

Elektronisches Identitätsmanagement durch den Staat im Ländervergleich

In der elektronischen Kommunikation mit dem Staat ist ein Systemwandel der Identifizierung von BürgerInnen im Gange. Ein neues ITA-Projekt untersucht das Entstehen unterschiedlicher Systeme elektronischen Identitätsmanagements im Ländervergleich.

Die Einführung landesweiter Systeme zur elektronischen Identifizierung (eID) von BürgerInnen in der elektronischen Kommunikation mit staatlichen Stellen sowie zwischen den einzelnen Bereichen der Verwaltung ist in Europa unterschiedlich weit fortgeschritten. Vordergründig handelt es sich um eine technische Lösung für ein Problem, das aus der Vielfalt elektronischer Identitäten entstanden ist, die bei den unterschiedlichen Online-Angeboten in Form von Benutzernamen geschaffen werden. Um Sicherheitsprobleme (Betrug, Diebstahl von Identitäten) zu lösen, sollen virtuelle und reale Welt verknüpft werden. Für die Vereinheitlichung von Online-Transaktionen sollen dabei die offiziellen Identitäten aus dem Meldewesen herangezogen werden. Wenn diese jedoch für die Identifizierung in allen Verwaltungsbereichen verwendet werden, wirft dies gravierende Datenschutzprobleme auf. Dies gilt vor allem für Länder, die eine einheitliche Personenkennzahl verwenden, wie etwa Belgien oder auch Österreich.

Es gibt jedoch kryptografische Verfahren, die trotz einer einzigen elektronischen Identität bereichsspezifische Identitäten für einzelne Verwaltungsbereiche erzeugen. Österreich hat mit

seinem Konzept der BürgerInnenkarte diesen Weg gewählt. Dabei hängt das Vertrauen in die informationelle Gewaltenteilung und die Einhaltung des Zweckbindungsgebots des Datenschutzes jedoch im hohen Maße vom Vertrauen in nur für wenige ExpertInnen nachvollziehbare technische Verfahren und deren BetreiberInnen ab. In einzelnen Ländern wurden oder werden zurzeit zum Teil gleichartige technische Lösungen mit Chipkarten, aber völlig unterschiedliche inhaltliche Identitätskonzepte eingeführt.

In einem neuen ITA-Projekt sollen die unterschiedlichen Konzepte, Trägermedien und Umsetzungen in ausgewählten Ländern einer vergleichenden Analyse unterzogen werden. Unter der Leitung des Instituts für Informationsmanagement Bremen (ifib) wird sich ein internationales Projektteam mit dem Vergleich der Innovationsprozesse in Deutschland, Belgien, Österreich und Spanien auseinandersetzen. Gefördert wird die Studie von der Volkswagenstiftung.

Die Gestaltung von Systemen für elektronisches Identitätsmanagement stellen komplexe technische Innovationen dar. Deren organisatorische, rechtliche und kulturelle Einbettung gilt es zu untersuchen, wenn man ein Verständnis der unterschiedlichen Lösungen erreichen will.

Folgende Fragestellungen stehen dabei im Vordergrund: Welche spezifischen Charakteristika weisen die nationalen eID-Systeme auf, worin unterscheiden sie sich und wie bewähren sie sich? Wie lässt sich die länderweise unterschied-

liche Ausgestaltung erklären? Welche Interessen- und Konfliktkonstellationen waren bzw. sind in den jeweiligen Ländern mit der Einführung der eID-Systeme verbunden? Welche Politikfelder sind vorrangig in die Einführung involviert? Wie lässt sich die unterschiedliche Prioritätensetzung zwischen verschiedenen Politikfeldern, v. a. zwischen e-Government/Verwaltung, Wirtschaft und innerer Sicherheit, erklären?

Derartige Innovationsprozesse gehen weniger von Unternehmen aus als von der staatlichen Verwaltung. Folgende Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden:

- Die Entwicklung eines komplexen technischen Systems,

- die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz,
- die Interoperabilität mit anderen Systemen,
- die Installierung eines akzeptablen Betreibermodells ex ante.

Diese grundlegenden Umbrüche mit einer erheblichen Neuorientierung passen nicht ganz zu den Trends von Veränderungen, wie sie die sozialwissenschaftliche Innovationsforschung behauptet. Der international vergleichende Ansatz soll daher auch neue Aufschlüsse zur Verbesserung der Reichweite sozialwissenschaftlicher Innovationstheorien bringen.

Georg Aichholzer

Wem hilft die genetische Beratung?

Genetische Beratung spielt im Rahmen der Pränataldiagnostik (PND) eine wichtige Rolle, sei es als Aufklärung über Risiken vor Beginn einer Schwangerschaft, sei es bei der Interpretation von vorgeburtlichen Testergebnissen. Doch warum sollten genetische Beratung und Pränataldiagnostik heute ein Thema für die Technikfolgenabschätzung sein? Stellt nicht die PND eine etablierte Technologie dar, die heute fast schon in ähnlicher Weise zum Alltag gehört wie das Telefon oder die Eisenbahn?

Ja und nein. Ja, weil die PND nicht derart umstritten ist wie etwa die embryonale Stammzellforschung oder das Klonen. Nein, weil die PND – trotz oder wegen ihrer erfolgreichen Institutionalisierung – aus ethischer Perspektive problematisiert wird. Es mehren sich die vorsichtigen Plädoyers für eine nachholende Regulierung der PND, z. B. aus den Reihen nationaler Ethikkommissionen. Hierzulande schwelt überdies seit Jahren eine zähe Debatte um eine Neuregelung von Spätabtreibungen nach PND. Die seit 1975 geltende Abtreibungsregelung (§ 97 StGB) macht einen Schwangerschaftsabbruch aufgrund eugenischer Indikation (Behinderung des Kindes) praktisch bis zur Geburt möglich. Diese Spätabtreibungen, die faktisch eine Geburtseinleitung darstellen, können in der Praxis zu absurden und unauflös-

baren Dilemmata führen, nämlich dann, wenn die Hoffnung, das Kind möge tot zur Welt kommen, nicht eintritt und darum die (nicht strafbewehrte) Abtreibung gleichsam zur aktiven Euthanasie werden muss, um das ursprüngliche Handlungsziel zu erreichen.

Jenseits dieser fundamentalen Ethik-Kontroversen, auf einer pragmatischen Ebene, gedeihen Versuche, den ÄrztInnen Empfehlungen zu geben, um mit den Möglichkeiten der PND sorgsam umzugehen. In erster Linie sind diese Bemühungen auf eine verbesserte Gestaltung der Beratungssituation gerichtet. Beispielfähig dafür steht die Entwicklung eines Leitfadens¹ für die genetische Beratungspraxis, der vom damaligen BMBF initiiert und finanziert und von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe erarbeitet wurde.

Es ist heute unbestritten, dass einer interaktiv ausgerichteten, „non-direktiven“ Beratung eine große Bedeutung zukommt bzw. zukommen sollte. Dieses Konzept formuliert an die BeraterInnen den Anspruch, mit den Beratenen in einen Entscheidungsprozess einzutreten, in dem die BeraterInnen unterstützen, nicht aber bestimmen oder bevormunden. Beratung wird als ein Informationsangebot verstanden, das individuelle und informierte Entscheidungen ermöglichen soll – genetische Beratung als Hilfe zur Selbstbestimmung.

Natürlich ist die Kluft zwischen normativem Ideal und alltäglicher Praxis immer wieder Gegenstand von Kritik. Doch darum geht es hier nicht. Die folgenden Bemerkungen zielen nicht auf eine Kritik der Beratungsrealität, so notwendig diese im Einzelfall sein mag. Es soll auf etwas anderes aufmerksam gemacht werden, das selbst einer solchen Kritik zumeist entgeht. Dieser neue Aspekt eröffnet sich erst, wenn wir die Frage ernst nehmen: Wem hilft genetische Beratung?

Die Frage ist weniger provokant als sie vielleicht klingen mag. Schließlich müssen wir uns vergegenwärtigen, dass mit Humangenetik und PND Phänomene in den Fokus der Medizin geraten, die in den traditionellen Kategorien von gesund/krank nicht zu fassen sind. Was bedeutet „Trisomie 21“ in medizinischer Perspektive? Krank, gesund, irgendwas dazwischen oder etwas ganz anders? Wie soll die Medizin mit derartigen Phänomenen verfahren? Das ist keine triviale Frage. Denn selbst wenn es der modernen Medizin möglich sein sollte, bestimmte Phänomene genetisch zu deuten, so ist damit noch keineswegs ausgemacht, dass diese Deutungen auch als legitim oder entscheidungsrelevant gelten. So geht beispielsweise heute verstärkt der Streit darum, inwiefern genetische Erklärungen bestimmter Verhaltensauffälligkeiten legitim sind (z. B. Alkoholismus, Schizophrenie). Letztlich stellt sich hier die Frage, inwiefern ein genetischer Deutungsrahmen als „der Sache angemessen“, als problemadäquat angesehen wird.

Also: Wem hilft genetische Beratung? Für die PND scheint die Antwort klar: den beratenen Frauen. Tatsächlich bedeutet ein dialogorientiertes Beratungsmodell zweifellos eine Aufwertung der Klientinnenperspektive und damit einen Gewinn an Autonomie. Doch die Beratung hilft auch den BeraterInnen, also den ExpertInnen selbst. Was soll das heißen?

Die PND dient heute in erster Linie der Entdeckung vorgeburtlich diagnostizierbarer Behinderungen. D. h., die PND bekommt es mit unscharfen, uneindeutigen Phänomenen zu tun, deren Bedeutung gewissermaßen interaktiv – im Dialog zwischen Ärztin und Klientin – aus-

gehandelt werden muss. Vor diesem Hintergrund lässt sich das neue und – gegenüber älteren Modellen – zweifellos fortschrittliche Beratungsideal als ein Instrument verstehen, das zwar eine Relativierung des ExpertInnenstatus bewirkt, letztlich aber dazu beiträgt, das medizinische ExpertInnenwissen als deutungsrelevantes Wissen im Entscheidungsprozess zu bestätigen. Zwar wird infolge der Aufwertung der Klientinnenperspektive die Geltung der ExpertInnen relativiert, nicht aber deren Wissen fundamental in Frage gestellt.

Überspitzt gesagt: Beratung ist nicht nur eine Hilfe für die Klientinnen, sie ist eine Selbsthilfemaßnahme der Medizin. Genetische Beratung erscheint als ein Mittel, um mit Diagnose- und Prognoseungewissheiten sowie Entscheidungsunsicherheit in einer Weise umzugehen, die die Relevanz des ExpertInnenwissens bestätigt oder zumindest nicht untergräbt. Das ExpertInnenwissen bleibt der Deutungsrahmen, innerhalb dessen die individuelle Entscheidung verhandelt wird – trotz oder gerade weil dieses Wissen als unsicher und uneindeutig anerkannt wird. In dieser Perspektive erscheint die Beratung als der Ort, an dem Bedeutung hergestellt oder stabilisiert wird: Weil genetische Auffälligkeiten nicht immer automatisch mit einem medizinischen Krankheitswert gleichgesetzt werden können, müssen diese Phänomene einen „Sinn“ erhalten, damit Entscheidungen möglich werden.

Eine ausführliche Version dieser Überlegungen findet sich in der aktuellen Ausgabe des „Kurswechsel“². Dieses von Doris Allhutter und Susanne Pernicka herausgegebene Heft beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Stand und Perspektiven sozialwissenschaftlicher Technikforschung. Es versammelt Texte, die an kritische Theorie-traditionen anschließen, interdisziplinär orientiert sind und sich anhand verschiedener empirischer Bezüge mit den gesellschaftlichen und politischen Verflechtungen von Technologien, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft auseinandersetzen.

¹ www.bmgfj.gv.at/cms/site/attachments/7/1/8/CH0256/CMS1174377097784/leitfaden_genetische_betreuung.pdf.

² www.kurswechsel.at.

Alexander Bogner

e-Government und e-Democracy: Trends und Herausforderungen

Ende September fand zum dritten Mal die „International Conference on e-Government“ (ICEG) statt. Der Veranstaltungsort dieser jährlichen Konferenz war diesmal Montréal, wo für drei Tage ForscherInnen und AnwenderInnen die aktuellen Trends und Herausforderungen im Bereich e-Government-Services und e-Democracy-Anwendungen diskutierten.

Die ICEG 2007¹ war auch heuer wieder auf ein breites Themenspektrum ausgerichtet, das etwa im Bereich e-Government-Services sehr länderspezifische Erfahrungen umfasste (wie z. B. Online-Anwendungen in Libyen zur Unterstützung von nationalen Impfprogrammen oder e-Government- Perspektiven in Zypern). Obwohl solch kontextgebundenen Ergebnisse eine „Übersetzung“ in andere Kulturen und Gesellschaften schwierig machen, zeigte sich in den Diskussion doch ansatzweise ein Trend ab, dass im Bereich e-Government Fragen nach der Effizienz und des Nutzens (für Administration, BürgerInnen und Unternehmen) solcher Services gestellt werden. Dies kristallisierte sich vorrangig in Konferenzbeiträgen heraus, die sich mit Implementierungsstrategien bzw. Kosten- und Nutzenevaluierungen beschäftigten. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kriterien- und Indikatorenentwicklung die ForscherInnen und AnwenderInnen in diesem Bereich „global“ beschäftigt. Die ökonomischen und organisatorischen Effekte waren demnach ein wesentlicher Fokus der heurigen Konferenz, dem sich auch G. Aichholzer (ITA) in einer Präsentation („Opening the Black Box: Economic and Organisational Effects on e-Government“) widmete. Während frühere e-Government-Forschung v. a. den „Front-Office“-Bereich (wie z. B. Bereitstellung von öffentlicher Information) zum Inhalte hatte, wird nun zunehmend der „Back-Office“-Bereich vor dem Hinter-

grund des organisatorischen Aufwands und der Effizienz diskutiert. Die Kernaufgabe, die sich hierbei für die Forschung stellt, ist die Durchführung von wissenschaftlich fundierten Begleitanalysen, die sich insbesondere mit Messinstrumenten und Datenanalysen zum Thema „Effizienz von e-Government-Services“ auseinandersetzen.

Ähnliche Herausforderungen wurden auch in den unterschiedlichen Präsentationen zu e-Democracy thematisiert. Wenngleich auch hier die überwiegende Mehrheit der Beispiele einen spezifischen Länderkontext als Hintergrund hatte, tauchte wiederholt die Frage nach einem adäquaten Bewertungsrahmen für den Nutzen von elektronischer Demokratie für BürgerInnen und NGOs auf. Abseits von methodischen Zugängen, die für die Analyse von e-Democracy vorgestellt wurden (wie etwa am Beispiel einer vergleichenden Analyse von R. Winkler zu Online-Debatten hinsichtlich ihrer deliberativer Diskursqualitäten), wurde elektronische Beteiligung auch im Lichte von „Web 2.0“ diskutiert. Hierbei zeigt sich international, dass „individuelle Performances“ (sowohl von PolitikerInnen als auch von BürgerInnen) für die politische Vernetzung auf der Mikroebene zwar als förderlich angenommen werden (etwa in Form von Blogs), jedoch noch ein erheblicher Bedarf an entsprechenden Vergleichsmethoden und empirischer Evidenz besteht. Mehr Aufschluss zur praktischen Wirksamkeit solcher Formen politischer Kommunikation und Interaktion darf man sich dann vermutlich nach Ende des US-PräsidentInnenwahlkampfes 2008 erwarten, in dem bereits jetzt „blogging“ eine wesentliche Strategie der nordamerikanischen „Spin doctors“ darstellt.

¹ www.academic-conferences.org/iceg/iceg2007/iceg07-home.htm.

Roman Winkler

Wie viel Partizipation verträgt die repräsentative Demokratie?

Zu diesem Thema diskutierten Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates, Mitglieder der Strategiegruppe Partizipation und ausgewählte ExpertInnen am 15. November 2007 im österreichischen Parlament.

In vielen Bereichen sind Beteiligungsrechte – über die politische Partizipation bei Wahlen und direktdemokratische Instrumente hinaus – inzwischen gesetzlich verankert, z. B. in der Gewerbeordnung, im Wasserrechtsgesetz, bei SUP, UVP oder im Umweltinformationsgesetz. Aber auch abseits gesetzlicher Regelungen bestehen eine Reihe von informellen Instrumenten zur Beteiligung von Anspruchsgruppen, Betroffenen oder interessierten BürgerInnen, sei es im Bereich der Umweltmediation, in der Regionalentwicklung oder bei Lokale Agenda 21-Prozessen.

Im Rahmen der Diskussionsveranstaltung, an der rund 40 Personen teilnahmen, wurden zwei solche Beispiele genauer vorgestellt. Georg Rappold vom Lebensministerium referierte über seine Erfahrungen mit dem österreichischen Walddialog. In diesem Prozess, der als eine Art „runder Tisch“ organisiert ist, wurde über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren gemeinsam mit über 40 Stakeholdern das österreichische Waldprogramm entwickelt.

Günther Humer von der Oö. Akademie für Umwelt und Natur versuchte in seinem Referat die Potenziale so genannter chancenbezogener Partizipation am Beispiel regionaler Beteiligungsprozesse in Oberösterreich auszuloten. Die Erfahrungen als Koordinator der Lokalen Agenda 21-Prozesse in Oberösterreich zeigen, dass Öffentlichkeitsbeteiligung eine Quelle für soziale Innovation sein kann, wenn sie „von oben“ gewollt und institutionell entsprechend unterstützt wird.

In der anschließenden Diskussion ging es dann vor allem um die Frage, in wie weit die verschiedenen Spielarten von Öffentlichkeitsbeteiligung für das Parlament bzw. die österreichischen ParlamentarierInnen von Relevanz sind. Ein direkter Anknüpfungspunkt ist beispielsweise der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen, der ohne thematische Einschränkung Anliegen von BürgerInnen (Bürgerinitiativen) behandelt. Im Zuge der Diskussion wurde deutlich, dass Öffentlichkeitsbeteiligung ein wichtiges Element im Rahmen integrierter Politikgestaltung ist – im Gegensatz zu End-of-pipe-Lösungen, wo auf Probleme erst im Nachhinein reagiert werden kann.

Organisiert wurde die Veranstaltung von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) im Auftrag des Lebensministeriums. Weitere Informationen zur Strategiegruppe Partizipation findet man unter: www.partizipation.at/strategiegruppe.html.

Michael Ornetzeder

Aktuelle Publikationen

Referierte Artikel

- Aichholzer, G., 2007, Opening the Black Box: Economic and Organisational Effects of e-Government, in: D. Remenyi (ed.), Proceedings of the 3rd International Conference on e-Government, University of Quebec at Montreal, Canada, 26-28 September 2007. Dublin: Academic Conferences International, 1-10.
- Bogner, A., 2007, Was heißt „Politisierung von Expertise“? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 36(3), 319-335.
- Ornetzeder M., Hertwich E., Hubacek K., Korytarova K., Haas W. 2007, The environmental effect of car-free housing: A case in Vienna, in: Ecological Economics, In Press, Corrected Proof, Available online 4 September 2007.
- Winkler, R., 2007, e-Participation in Comparison and Contrast: Online debates at the EU's platform 'Your Voice in Europe', in: D. Remenyi (ed.), Proceedings of the 3rd International Conference on e-Government, University of Quebec at Montreal, Canada, 26-28 September 2007. Dublin: Academic Conferences International, pp. 238-248.

Artikel/Buchbeiträge

- Aichholzer, G., 2007, E-Government als globales Projekt: divergente Entwicklungsmuster und Wirkungsbefunde, in: A. Bora, S. Bröchler, M. Decker (Hg.), Technology Assessment in der Weltgesellschaft, Band 10 der Schriftenreihe „Gesellschaft – Technik – Umwelt. Neue Folge“, Berlin: edition sigma, 149-164.
- Bogner, A., 2007, Autonome Entscheidung? Pränatale Diagnostik und ihre Nebenfolgen. In: Kurswechsel 22(3), 79-87.
- Bogner, A., 2007, Partizipatives Management von Grenzproblemen. Genetische Beratung und pränatale Diagnostik. In: Nieder, L./Schneider, W.(Hg.): Die Grenzen des menschlichen Lebens. Lebensbeginn und Lebensende aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Sicht. Münster: Lit, 25-45.
- Bogner, A., Menz, W., 2007, Globale Technik – lokale Ethik? In: A. Bora, S. Bröchler, M. Decker (Hg.), Technology Assessment in der Weltgesellschaft, Berlin: Sigma, 83-95.
- Kastenhofer, K., 2007, Zwischen „schwacher“ und „starker“ Interdisziplinarität – Die Notwendigkeit der Balance epistemischer Kulturen in der Sicherheitsforschung zu neuen Technologien, ITA manu:script ITA-07-06; [<http://www.oeaw.ac.at/ita/ita-manus.htm>].
- Ornetzeder, M., 2007, Techniksoziologie, in: Hillmann, K.-H., Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart, 887-888.
- Ornetzeder, M. und Rohrer H., 2007, User-led innovations and social learning processes as basis for sustainable energy policy: Lessons from the Austrian solar case, in: Proceedings of the International Conference to Questions of the Sustainable Development of Regions, ISBN 978-80-01-03735-5, CTU Publishing House, Prague 2007, pp. 59-65.
- Peissl, W., 2007, Die Bedrohung von Privacy – ein grenzüberschreitendes Phänomen und seine Behandlung im Kontext internationaler Technikfolgenabschätzung in: A. Bora, S. Bröchler, M. Decker (Hrsg.) 2007, Technology Assessment in der Weltgesellschaft“, Edition Sigma, Berlin, Band 10 der Schriftenreihe „Gesellschaft – Technik – Umwelt. Neue Folge“, 277-288.
- Schreuer, A., Ornetzeder M., Rohrer H., 2007, Participatory technology development and assessment: In search of a sustainable use of fuel cell technology at the municipal level, in: Proceedings of the International Summer Academy on Technology Studies, Deutschlandsberg.

Winkler, R., 2007, Online deliberation: Towards a research framework for the assessment of online debates. In: Avdic, A., Hedström, K., Rose, J., Grönlund, A. (Eds.) Understanding eParticipation, Contemporary PhD eParticipation Studies in Europe, Örebro: University Library, 183-201.

Forschungsberichte

Aichholzer, G., Pedersen, C., Scherer, S., Schneider, C., Shaddock, J., Torleifsdottir, A., Wimmer, M. A., Winkler, R., Zalisova, I., 2007, Practitioner Stakeholder Engagement Framework for the eParticipation Community of Practice, DEMO-net – The eParticipation Network, Deliverable 11.1a. Editors: Schneider, C., Shaddock, J., Wimmer, M. A., Koblenz: University of Koblenz-Landau.

Aichholzer, G., Lippa, B., Moss, G., Scherer, S., Schneider, Ch., Westholm, H., Wimmer, M., Winkler, R., 2007, Interdisciplinary framework to address the socio-technical and political challenges of eParticipation, DEMO-net Deliverable 6.2, Bremen: ifib – Institut für Informationsmanagement.

Latzer, M. und Saurwein F., 2007, Trust in the Industry – Trust in the Users: Self-Regulation and Self-Help in the Context of Digital Media Content in the EU. Report for Working Group 3 of the Conference of Experts for European Media Policy „More Trust in Content – The Potential of Co- and Self-Regulation in Digital Media“ 9-11 May 2007, Leipzig.

Latzer, M., Price, M.E., Saurwein, F. Verhulst, St.G., 2007, Comparative Analysis of International Co- and Self-Regulation in Communications Markets, Research Report commissioned by OFCOM, UK Office of Communication.

Tambouris, E., Macintosh, A., Coleman, St., Wimmer, M., Vedel, T., Westholm, H., Lippa, B., Dalakiouridou, E., Parisopoulos, K., Rose, J., Aichholzer, G., Winkler, R., 2007, Introducing eParticipation, DEMO-net booklet series, no. 1, DEMO-net The Democracy Network, Editor: Efthimios Tambouris, University of Macedonia.

Konferenzbeiträge/Vorträge

Aichholzer, G., Kozeluh, U., 2007, E-Participation and Democracy: Evaluation dimensions and approaches, Workshop „Evaluation of eParticipation“, supported by DEMO-net, the eParticipation Network of Excellence, University of Bremen, Institute for Information Management Bremen (ifib), Bremen, 12 October 2007.

Aichholzer, G., 2007, Opening the Black Box: Economic and Organisational Effects of e-Government, 3rd International Conference on e-Government, University of Quebec at Montreal, Canada, 26-28 September.

Aichholzer, G., 2007, Does e-Government Enhance Democracy? ESF-LiU/DEMO-net Research Conference „Electronic Democracy: Achievements and Challenges“, Vadstena, Schweden, 21-25 November 2007.

Bechtold, U., Wilfing, H., 2007, Indicators and what else – emergent properties as touchstones for sustainability processes., ANZSEE Conference „Re-inventing Sustainability: A climate for change, 3-6 July, Noosaville, Queensland, Australia.

Bogner, A., 2007, Ethikexpertise in Wertkonflikten, Vortrag am Sonderforschungsbereich „Reflexive Modernisierung“ der Universität München, 18.07., München.

- Latzer, M., 2007, Coping With Convergence, Presentation at the 2007 China Communication Forum: Harmonious Society, Civil Society and the Media, October 2007, Beijing, China.
- Latzer, Michael, 2007, Analytical framework for the comparative analysis of communications governance, workshop presentation, Ofcom, 9 August, London.
- Nentwich, M., Bechtold, U., Ornetzeder, M., Ertl, B., Granitz, E., Putner, R., 2007, Energieforschung aus Sicht österreichischer Bürgerinnen und Bürger. Ergebnisse eines intensiven Wochenendes. Präsentation auf der Tagung „Energie und Endverbraucher im Spannungsfeld zwischen Technologieinnovation und Lebensstil, veranstaltet vom BMVIT, BMWA und RFT, 26.11., Wien; [http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/Praesentation_Montag_v2a.pdf].
- Nentwich, M., 2007, Risk Governance of Nanotechnologies in Austria, Inter-Academy meeting joining Academies of Science of EU countries from Central and Eastern Europe zum Thema „Nano-Science and Nano-Technology: Risks and Benefits for Health and Environment“, 22.11., Centre Scientifique de l'Académie Polonaise des Sciences à Paris; [http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/Nentwich_Paris07.pdf].
- Nentwich, M., 2007, Statement am Podium, Roadmap E-Science: Hypertext und digitale Medien im universitären Alltag. Buchpräsentation und Podiumsdiskussion, 8.10., Akademie der Bildenden Künste, Wien.
- Nentwich, M., 2007, Gesellschaftliche Risiken von öffentlichen Registern, Grundrechtstag 2007: Grundrechte in der digitalen Welt, 5.-6.9.2007, Linz.
- Nentwich, M., 2007, Perspektiven der partizipativen Technikfolgenabschätzung am ITA in Wien, Kolloquium des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), 12.3., Karlsruhe.
- Nentwich, M., 2007, Will the Open Access Movement be successful?, Wittgenstein Symposium 2007, 5.-11.8., Kirchberg.
- Ornetzeder, M., 2007, Instrumente und Strategien zur aktiven Einbeziehung von NutzerInnen und anderen relevanten sozialen Gruppen in technische Innovationsprozesse, Vortrag im Rahmen des Lead-user Workshops zu Wood-plastic Composites an der Universität für Bodenkultur, Wien, 19.10.2007.
- Ornetzeder, M. und Schreuer, A., 2007, Participatory technology development and assessment: In search of a sustainable use of fuel cell technology at the municipal level, 7th International Summer Academy on Technology Studies: Transforming the Energy System, 28.08., Deutschlandsberg/Austria.
- Peissl, W., 2007, „Digitalisierte Medizin: vom Umgang mit Daten und deren Verwendung“ Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung Medizinische Informationssysteme an der FH Joanneum Graz, 4.12.
- Peissl, W., 2007, Wie Überwachung unser Leben verändert, Impulsreferat für den Workshop Videoüberwachung im Rahmen des Grundrechtstages 5.9., Linz.
- Peissl, W.; Raguse, M., 2007, Ein Weg zu datenschutzgerechten Sicherheitstechnologien, Sommerakademie des ULD 27.8., Kiel.
- Torgersen, H., 2007, Sicherheitsansprüche an neue Technologien am Beispiel der Nanotechnologie. Europäische Sicherheit im Wandel der Zeit, oder wie zukunftsfähig ist Europa? 8. Internationale Europakonferenz, BMWF, 14.-16.6.2007, Wien.
- Torgersen, H. 2007, Myths of Difference. GM crops, regulation and the trans-Atlantic divide – lessons to be learned? BT 07: 125 Years Deutsche Botanische Gesellschaft, Botanikertagung, 3.-7.9.2007, Universität Hamburg.
- Winkler, R., 2007, e-Participation in Comparison and Contrast: Online Debates at the EU's Platform 'Your Voice in Europe', ICEG 2007: International Conference on e-Government, University of Quebec at Montreal, Canada, 26-28 September.

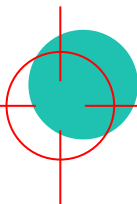
Sonstiges/Kurzbeiträge

- Aichholzer, G., 2007, Does e-Government Enhance Democracy? Paper zur ESF-LiU/DEMO-net Research Conference „Electronic Democracy: Achievements and Challenges“, Vadstena, Sweden, 21-25 November 2007.
- Aichholzer, G., Kozeluh, U., 2007, E-Participation and Democracy: Evaluation dimensions and approaches, Paper for DEMO-net Workshop „Evaluation of eParticipation“, University of Bremen (ifib), Bremen, 12 October 2007.
- Bechtold, U., Ornetzeder, M., Sotoudeh, M., 2007, Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität, GAIA 16(3), 235-238.
- Bogner, A., 2007, Auf dem Weg in die Rätrepublik? APA-ZukunftWissen, 27.06.07 Ornetzeder, M., 2007, Wir müssen völlig neue Systeme entwickeln, Interview in: Raiffeisenzeitung, Nr. 48/29. November 2007, 29.
- Raab, C., Nentwich, M., 2007, Potential for Biomimetics in Austria, European Foresight Monitoring Network (EFMN) Brief No. 100; [http://www.efmn.info/index.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=281].

Aktuelle Buchpublikationen des ITA

- Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive.*
Langenbacher W., Latzer M. (Hg.),
2006, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen. 4. Ergänzungslieferung Mai 2006*
Nentwich M., (Hg.), Kerstin Arbter K., (Bearbeiterin)
Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien
- Leitfaden Partizipativer Verfahren. Ein Handbuch für die Praxis.*
Steyaert S., Lisoir H., Nentwich M. (Hg.)
2006, Flemish Institute for Science and Technology Assessment,
König-Baudouin-Stiftung, Institut für Technikfolgen-Abschätzung:
Brüssel/Wien
- Technikfolgenabschätzung in der österreichischen Praxis.*
Festschrift für Gunther Tichy.
Nentwich M., Peissl W. (Hg.)
2005, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien
- Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik.*
Bogner A., Torgersen H. (Hg.)
2005, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Grenzpolitik der Experten. Vom Umgang mit Ungewissheit und Nichtwissen in pränataler Diagnostik und Beratung.*
Bogner A.
2005, Verlag Velbrück Wissenschaft: Weilerswist

Nähere Informationen unter: <http://www.oeaw.ac.at/ita/books.htm>



ITA-Seminar: 16. Jänner 2008, 16:00–18:00 Uhr

Mag. Rita Trattnigg

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft (BMLFUW)

DI Dr. Kerstin Arbter

Technisches Büro für Landschaftsplanung (Büro Arbter)

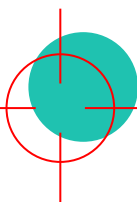
**„Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung -
Auf dem Weg zur guten Partizipations-Praxis“**

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



ITA-Seminar: 11. März 2008, 16:00–18:00 Uhr

Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy

emer.o.Professor der Volkswirtschaftslehre und -politik
an der Universität Graz,
ehem. geschäftsführender Direktor des ITA

„Technologiepolitik in Österreich“

(Arbeitstitel)

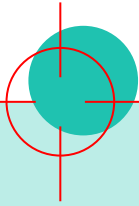
Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG





Konferenz: 28. bis 30. Mai 2008, 9:30–17:00 Uhr

TA'08: Technology Governance & NTA3: Der Beitrag der Technikfolgenabschätzung

TA'08 – Achte österreichische TA-Konferenz des
Instituts für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)

NTA3 – Dritte Konferenz des „Netzwerks TA“

Ort: Österreichische Akademie der Wissenschaften
A-1010 Wien, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 2,
<http://www.oew.ac.at/ita/ta08nta3/>



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



Impressum:


Medieninhaber:

Österreichische Akademie der Wissenschaften
Juristische Person öffentlichen Rechts (BGBl 569/1921
idF BGBl I 130/2003)
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, A-1010 Wien

Herausgeber:

© Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
Strohgasse 45/5, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten.

Der ITA-Newsletter erscheint viermal jährlich und enthält Informationen über nationale und internationale Trends in der Technikfolgen-Abschätzung, ITA-Forschungsprojekte, Publikationen der ITA-MitarbeiterInnen und ITA-Veranstaltungen. Das ITA verfolgt mit diesem periodischen Medium das Ziel, wissenschaftliche Zusammenhänge zwischen Technik und Gesellschaft einem breiten LeserInnenkreis zugänglich zu machen.

Die  News werden herausgegeben vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA). Für weiterführende Fragen zu den in dieser Ausgabe behandelten Themen und zur Technikfolgen-Abschätzung im Allgemeinen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

*Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1030 Wien, Strohgasse 45/5/3. Stock
Tel.: +43-1-515 81/6582, Fax: +43-1-710 98 83
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at,
<http://www.oeaw.ac.at/ita>*

Leiter des Instituts:

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael NENTWICH...DW 6583.....mnent@oeaw.ac.at

MitarbeiterInnen:

Mag. Dr. Georg AICHHOLZERDW 6591aich@oeaw.ac.at
Mag.^a Dr.ⁱⁿ Ulrike BECHTOLDDW 6593.....ubecht@oeaw.ac.at
Dipl.-Soz. Dr. Alexander BOGNER.....DW 6595.....abogner@oeaw.ac.at
Ing. Mag. Johann ČASDW 6581jcas@oeaw.ac.at
Dipl.-Phys. Dr. Ulrich FIEDELER.....DW 6577ufiedeler@oeaw.ac.at
MMag. Dr. André GAZSÓ.....DW 6578.....agazso@oeaw.ac.at
Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karen KASTENHOFERDW 6580.....kkast@oeaw.ac.at
Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael LATZERDW 6592.....latzer@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Michael ORNETZEDER.....DW 6589.....ornetz@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Walter PEISSL.....DW 6584.....wpeissl@oeaw.ac.at
Barbara POPPEN.....DW 6582.....bpoppen@oeaw.ac.at
Beate SCHLEIFERDW 6587.....tamail@oeaw.ac.at
PDⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Myrtil SIMKÓDW 6579.....msimko@oeaw.ac.at
DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Mahshid SOTOUDEH.....DW 6590.....msotoud@oeaw.ac.at
Sabine STEMBERGERDW 6586.....sstem@oeaw.ac.at
Jaro STERBIK-LAMINA, M.Sc.DW 6594.....jsterbik@oeaw.ac.at
Dr. Helge TORGERSENDW 6588.....torg@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Roman WINKLER, M.Sc.DW 6585.....rwinkler@oeaw.ac.at

E-Mail-Newsservice: Wenn Sie an Berichten, Newslettern, Veranstaltungshinweisen etc. interessiert sind, abonnieren Sie sich bitte mit einer kurzen Mail an majordomo@oeaw.ac.at mit folgendem Text:
„subscribe itanews Ihre@email.adresse“.